



Melteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der oberschlesische Wanderer erscheint werktäglich mittags. — Bezugspreis: durch Boten frei Haus monatlich 2,70 RM (vorauszahlbar einschl. 30 Pfg. Botenlohn), durch die Post 2,70 RM ausgl. Beitragspreis: für Anzeigen aus Oberschlesien die einsp. mm-Seite oder deren Raum 0,10 RM, im Reklameteil 0,40 RM, für Anzeigen von auswärts die einsp. mm-Seite oder deren Raum 0,15 RM, im Reklameteil 0,50 RM. Amtl. Finanz- und Heilmittelanzeigen aus Oberschlesien 0,20 RM, desgleichen von auswärts 0,30 RM. Angebots- und Auskunftsvermitlung 0,20 RM. Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags, für größere Anzeigen am Tage vorher. Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht

übernommen werden, ebensowenig für die richtige Wiedergabe telefonisch aufgegebener Anzeigen. Beilagengebühr: das Laufend zweitfähig 10 RM, größerer Umfang das Laufend 20 RM ausgl. der Sondergebühr für die Postauflage. Beilauflagen das Laufend jeweils 5 RM mehr. — Zahlbar sofort, spätestens aber innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streiks und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Nachlass oder Rückerstattung des Bezugspreises. Bei gerichtlicher Rüttmacht, bei Auktion oder Konturs fällt lt. Handelsbrauch (Gutachten der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien vom 18. Juli 1913 und 12. August 1926) jeder bemüßigte Rabatt fort. Postcheck-Konto: Breslau Nr. 1382 — Telegramme: Wanderer Gleiwitz — Mitglied des Vereins Oberschlesischer Zeitungsverleger C. V.

Postfach-Konto: Breslau Nr. 1382 — Telegramme: Wanderer Gleiwitz — Gerichtsstand Gleiwitz — Mitglied des Vereins Oberschlesischer Zeitungsverleger C. V.

„Der Faschismus ist fest verankert“

Ch. Wars, 25. Mai. (Eig. Ber.) Der „Maiin“ meldet aus Rom: Mussolini hat nach Erhalt der Telegramme aus Buenos-Aires die faschistischen Pressevertreter empfangen und ihnen erklärt: Dem internationalen Kampf gegen den siegreichen Faschismus werde ich Gegenmaßnahmen entgegenstellen. Auch für den Fall meines Todes ist das Fortbestehen des Faschismus fest verankert.

Widerlegte Unschuldigungen

Ein früheres Mitglied der I. M. R. über die Phosgentatastrophe.

WTB. Berlin, 25. Mai. Der frühere Sachverständige für chemische Fragen in der Interalliierten Militär-Kontrollkommission in Berlin, jetziger Chefingenieur Henry Murray, nimmt in „Martin“ Stellung zu der Hamburger Explosions. Seine Neuvergütungen sind eine einwandfreie Antwort auf die These, die gewisse nationalsozialistische Partei Blätter bereit gegen Deutschland einzufügen versuchen, um zu der alten und längst verbrauchten Formel „Deutschland nicht enttäuschen“ zurückzukehren zu können.

Er schreibt: Die Herstellung von Phosgen für industrielle Zwecke ist in einem kleinen Maßstab nur in drei deutschen Fabriken gestattet. Die eine ist in Ludwigshafen, die andere in Leverkusen und die dritte in Dresden-Radebeul. Die Körner an alten chemischen Erzeugnissen, die Ende des Krieges in Deutschland vorhanden waren, wurden zum größten Teile auf Anordnung der I. R. vernichtet, einige jedoch, die geeignet waren, in chemischen Fabriken verwertet zu werden, von Industriellen, insbesondere von Dr. Stolzenberg, hergestellt.

Es ist höchstwahrscheinlich, daß die in Hamburg eingelagerten Phosgenvorräte ein Restbestand vom Kriege sind. Einigen Nachrichten zufolge, soll dieses Phosgen für die Ausbildung bestimmt gewesen sein. Hierzu ist zu bemerken, daß Deutschland zwar nicht das Recht hat, giftige chemische Erzeugnisse zu exportieren, dieses Verbot aber weder Chlor noch Phosgen betrifft, die in der Industrie benötigt werden. Dr. Stolzenberg ist also, falls er Phosgen ausführte, vollkommen in seinem Recht gewesen.

WTB. Berlin, 25. Mai. In der gestrigen Sitzung ist das Unglück zur Sprache gekommen, daß in Hamburg durch die Explosion eines Phosgenkantens verursacht worden ist. Neben dem tief bedauerlichen Schaden der von dem Unglück betroffenen Personen lag für das Kabinett der Anlaß zur Prüfung der Angelegenheit in den Vorschriften, die das bekannte Kriegsgerätegesetz vom Juli 1927 über die Herstellung von Gasgasen und den Handel damit enthält. Das Kabinett nahm den Bericht des Reichswirtschaftsministers über die von den zuständigen Hamburger Stellen sofort nach dem Vorfall eingeleiteten Untersuchungsmaßnahmen entgegen. Er teilte mit, daß er wegen der weitreichenden Bedeutung des Vorfalls auch von sich aus einen Sachverständigen seines Kabinetts nach Hamburg entsandt habe.

Bei der Erörterung im Kabinett konnte bereits festgestellt werden, daß die Phosgenvorräte der beteiligten Firma nicht für Zwecke oder im Auftrage irgendwelcher militärischer Stellen aufbewahrt worden sind.

Beneschs Berliner Unterhaltungen

WTB. Berlin, 25. Mai. Die Anwesenheit des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch, der von einer längeren Erholungsreise im Ausland über Berlin nach Brag zurückkehrte, hat Gelegenheit geboten, die laufenden, Deutschland und die Tschechoslowakei gemeinsam interessierenden Fragen zum Gegenhalt einer Auskunft zu machen, die in Wien wiederholt zwischen Dr. Tresemann und Dr. Benesch stattgefunden haben. Die Berliner Unterhaltungen sind in Beziehung des erkrankten Reichsausßenministers von Staatssekretär von Sothebys geführt worden. Außerdem ist Dr. Benesch auch von Reichskanzler Dr. Marx empfangen worden.

Bei den Unterhaltungen konnte erneut festgestellt werden, daß die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in den letzten Jahren einen durchaus beständigenden Verlauf genommen hat und daß eine Reihe kleinerer Einzelfragen sich auf dem Wege der Regelung befindet. Auch in den allgemeinen europäischen Fragen ergaben sich manngliche Berührungspunkte der Politik der beiden Länder, insbesondere die Übereinstimmung bei der Regierung in dem Ziele, den Wiederaufbau Europas durch nachdrückliche Fortsetzung der Verständigungspolitik zu fördern.

Der 11. August als Nationalfeiertag

WTB. Berlin, 25. Mai. Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung den Antrag Preußens, den 11. August als Nationalfeiertag zu erklären, mit 47 gegen 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Die Frage, ob der Gesetzentwurf verfassungändernden Charakter habe, wurde mit 52 gegen 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen verneint.

Bayerns Bedenken

Der bayrische Gesandte von Preyer gab im Reichsrat die Erklärung ab, daß der bayrischen Regierung die Zustimmung zum Gesetzentwurf ganz besonders auch dadurch unmöglich gemacht werde, daß die im § 2 der Vorlage angeordnete Pflicht zur Beflaggung der öffentlichen Gebäude und zur Abhaltung von Schulfeiern einen schroffen Eingriff in die Verwaltungshoheit bedeute. In der Verfassung befindet sich keine Bestimmung, aus der diese Befugnis abgeleitet werden könnte.

Für den verfassungändernden Charakter des Gesetzes stimmte nur Bayern, Württemberg und Oldenburg entschieden sich der Stimme. Bei der Abstimmung über die Vorlage selbst stimmten dagegen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern, Württemberg. Es enthielten sich der Stimme Oberschlesien und Oldenburg.

Der Reichsrat stimmte ferner der von der Reichsregierung vorgelegten Übersicht über die den Gemeinden zu zahlenden Sätze zur Deckung der ihnen aus Vorbereitung und Durchführung der Reichstagssitzung am 20. Mai erwachsenen baren Aufwendungen einigen Änderungen zu.

Berichterstatter, bayrischer Staatsrat Dr. von Bühl, berichtete über Vorschläge der Ausschüsse zur Abänderung der Gesetzesordnungsbestimmungen für den Reichsrat. Die wichtigste darunter ist, daß in Zukunft über Vorgänge in den Ausschüssen des Reichsrates im Reichstag berichtet werden kann, jedoch nicht darüber, welchen Standpunkt ein Land oder ein Bevölkerungsanteil eines Landes oder die Reichsregierung in den Reichstagsausschüssen eingenommen hat, es sei denn, daß diese ausdrücklich damit einverstanden seien.

Die nächste Sitzung soll erst am 7. Juni stattfinden.

Zwischenfälle in Innsbruck

Ch. Wien, 25. Mai. In Innsbruck haben sich gestern anlässlich des 10-jährigen Gedenktages der italienischen Kriegserklärung an Österreich Zwischenfälle ereignet. Der Bundeskanzler Seippl hat den Gesandten in Rom beauftragt, Mussolini persönlich das Bedauern der österreichischen Regierung über die Vorfälle in Innsbruck auszusprechen. In Wien befürchtet man Auswirkungen der Vorfälle in Innsbruck. Es scheint festzustehen, daß die Polizei in Innsbruck bis zum späten Abend weder die Täter noch die Anstifter des Angriffs auf die italienische Flagge ermitteln konnten.

Italienische Probation

WTB. Innsbruck, 25. Mai. Gestern fand in Italien die Feier der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Kriegserklärung an Österreich statt. Aus diesem Anlaß hatte auch das italienische Konsulat in Innsbruck die Tricolore gehisst, was schon in den frühen Morgenstunden von der Bewohnerung als eine Provokation empfunden wurde. Um 10 Uhr vormittags marschierte ein großer Teil der Studentenschaft der Innsbrucker Universität im geöffneten Zug vor dem Konsulat auf, wo die Studenten nationale Lieder sangen und sich in lebhafter Feiern ergeben. Der Polizei gelang es, die Studenten abzudringen. Ein großer Teil der Studenten begab sich dann in das Kaffee „München“, das sich im gleichen Hause befindet wie das italienische Konsulat und holte von dort aus die Tricolore herunter.

Bald nachdem die italienische Flagge vom italienischen Konsulat heruntergerissen war, legte der italienische Generalstaatsrat Riccarti beim Landeshauptmann und beim Bürgermeister der Stadt Innsbruck Protest ein. Landeshauptmann Dr. Stumpf begab sich in das italienische Konsulat, um wegen des Zwischenfalls die Entschuldigung der Landesregierung vorzubringen. Die Exter-Straße, in der sich das italienische Konsulat befindet, ist angedauert durch Polizei abgesperrt. Um 11.15 Uhr marschierte vor dem italienischen Generalkonsulat ein Zug der Bundeswehr auf. Durch ein Organ der Landesregierung wurde die Tricolore empfohlen, worauf die Bundeswehr die Ehrenbezeugung leistete. Die riesige Menge, die dies beobachtete, verhielt sich zunächst vollständig still. Als aber von den Sim-

mern des Konsulats aus die Tricolore mit dem faschistischen Grup „Giovina l'Italia“ degrüßt wurde, verächtigte sich der Menge eine große Empurung, die sich in lauten und stürmischen Rufen gegen Italien Lust mache. Nachdem die Bundeswehr abgezogen war, stimmte die Menge das Andreas-Hofer-Lied an. Die Straße ist nach wie vor gesperrt, doch dauern die Ansammlungen hinter der polizeilichen Absperrung nach wie vor an.

Neue Demonstrationen

WTB. Innsbruck, 25. Mai. Auch in den späteren Abendstunden bildeten sich immer wieder kleinere Gruppen von Demonstranten, die vergeblich versuchten, zum italienischen Konsulat zu gelangen. Das in auswärtigen Ländern verbreitete Gefühl, daß die italienische Fahne am Konsulat ein zweites Mal niedergeholt worden wäre, ist völlig unrichtig. Die Demonstranten gelangten infolge der starken Abschirmmaßnahmen nicht einmal in die Straße, in der das Konsulat liegt.

Nach 10 Uhr abends wollten einige Hundert, meist jugendliche Personen, zu einer italienischen Gastwirtschaft ziehen. Sie wurden jedoch vor dem Eros von der Wache aufgehalten, die die Menge unter Anwendung des Gummiträgers und der blauen Waffe zerstreute. Auch Versuche, zur Privatwohnung des italienischen Konsuls zu gelangen, scheiterten infolge der polizeilichen Absicherung; um 11.30 Uhr nachts zog ein Trupp von Demonstranten nach den Beamtenhäusern der italienischen Eisenbahn, die ebenfalls durch ein Polizeiaufgebot gesichert sind. Zur Stunde (Donnerstag 11 Uhr nachts) dauern die Umzüge kleinerer Gruppen noch fort.

Der Kampf um die Donau

Allm. Anschein nach verbessern sich die Aussichten für die Rentabilität der Donauschiffahrt. Beweislegend läßt der Kampf darauf schließen, der zwischen den an der Donau interessierten Staaten seit einiger Zeit einen entbrannten ist. Großrumanien versucht eine Hegemonialstellung zu verschaffen, weil es am Mündungsgebiet der Donau gelegen ist. Aber auch Südbund will aus der Rolle der Donauabfälle nicht ausscheiden, weil es auf Besarabien nicht verzichtet hat und immer noch hofft, eines schönen Tages auch seine Macht wieder an der Donau zu erweitern. Rumänien seine Interessen in der Donaukommission, die es überwiegend aber eigentlich mehr als unberechtigte Einsegnung einer Sonderheit empfindet. Die Donaubindung ist Deltagerbiet und deshalb schwer kostbar zu halten. Bei größere Schiffe ist die Mündung erst der internationalen Partie alle von 1856 befahrbar gemacht worden. Rumänien hätte aus eigenen Kräften diese Leistung nicht vollbringen können und selbst dem Großrumanen von heute sollte es wohl schwer fallen, allein die Kosten für die Regulierung auch nur des rumänischen Teiles der Donau zu tragen. Es hätte also allen Grund, der internationale Kommission dankbar zu sein, durch welche die Donauregulierung auf die verschiedenen Interessenten verteilt werden. Solche hätten schon andere Staaten einen Recht, sich zu beklagen. Haben doch vor allem nach Abschluß des Weltkrieges die Friedensverträge den früheren Zustand verschlechtert: Österreich, Deutschland und der Südtiroler wurde das Stimmrecht genommen, während die garnicht an der Donau liegenden Großmächte Großbritannien, Frankreich und Italien sich Zoll und Stimme in der Kommission gesichert haben.

Eine Revision dieser Verfassung der neuen Donaumission ist absolute Notwendigkeit. Die Verhältnisse werden auch ohne Zweifel dahin führen: die Beteiligung der genannten Großmächte kann man dabei ruhig gelassen lassen. Denn tatsächlich ist die Donauschiffahrt mehr als ein Interesse bloß der Staaten. Man darf sie als eine europäische Sache bezeichnen, zumal die Wände der Rhein-Main-Donaubahn sich schrittweise der Verwirklichung nähern und damit eine Wasserstraße von Rotterdam bis Bratislava, von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer quer durch ganz Europa geschaffen würde. Es ist also gar kein Fehler, wenn manchmal alle europäischen Staaten ihr Interesse an einer so wesentlichen internationalen Zoll- und Handelsstraße zeigen.

Aber gerade von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist es auf die Dauer untragbar, daß man europäische Staaten, und noch dazu Staaten, die ein vitales Interesse an der Lösung der Donaufrage haben, von der Mitarbeit an dieser europäischen Handels- und Verkehrsfaßade ausschließen will. Die Donau wird das erste große Beispiel dafür sein können, daß die europäischen Flusswasserstraßen nur durch internationale Regulierung voll ausnutzbar gemacht werden können. Was in dieser Beziehung der deutschen Flussfahrt einzelst, an Bedingungen auferlegt ist, wird sich im Laufe der Entwicklung auch für andere Flusssysteme als notwendig erweisen, deren Gewässer über verschiedene staatliche Grenzen hinwegfließen.

Zuletzt zu begrüßen ist es, daß der Sitz der neuen Donaumission nicht festgelegt wurde, sondern nach einem gewissen Durcheinander ist. Ursprünglich hat sich die Kommission unter Leitung des englischen Admirals Troubridge in Budapester gewollt, daß sie dort garnicht mehr wohnen wollte. Ungarn hat auch seinerseits durch statliche Zuwendungen für die Schiffahrt eine Stellung an der Donau auszubauen ver sucht. Es gab aber dann die übrigen Donaustaaten protestiert und den fünfjährigen Durcheinander. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur doch von Wien aus die Donaufahrt kann weitergeführt werden. Bis vor kurzem ist Prag zur Kommissionssitz geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Partei betrachten, durch den die österreichische Bedeutung Wien für die Donauschiffahrt stark unterstrichen wird. Nur